

Leserbrief

Die Kostenwahrheit beim Finanzausgleich zeigt deutlich:

Demokratie und Gemeindeautonomie soll dem Zentralstaat Kanton Luzern geopfert werden

Alle Politiker sind sich offenbar einig, dass überall dringend gespart und privatisiert werden muss. Das Private sei viel billiger heisst es und Gemeinden hätten gefälligst zu fusionieren, damit sie besser rentieren. Schliesslich macht der Kanton Luzern ja auch WOV und tut so, als würde er sparen. Zeit sparen und Geld sparen haben viele Gemeinsamkeiten. Beides kann zu einer Manie werden, die dazu führt, dass man am Schluss nicht mehr weiss, was man mit dem Gesparten Geld oder der gesparten Zeit anfangen soll. Oder man merkt vor lauter Sparen gar nicht mehr, warum man überhaupt wirtschaftet und spart um des Sparens Willen. Oder man spart an einem Ort und merkt nicht, dass man an einem anderen Ort dafür doppelt soviel ausgibt. Letzteres trifft präzise auf den Kanton Luzern zu.

Die freie "Macht-Wirtschaft" hat jetzt offensichtlich vom Markt in die Politik gewechselt. Auch beim Staat gilt nun mit dem neuen Finanzausgleich das Recht des Stärkeren. Dabei gilt als einziges Kriterium die Finanzkraft - qualitative Merkmale zählen nicht. Während der Kanton Luzern bei den Gemeinden den Sparhebel ansetzt und diese gar zu Fusion und Demokratieabbau nötigen will, gibt der Kanton Luzern pro Jahr präzise Fr. 1,3 Milliarden !!! mehr aus pro Jahr als 1989. Das entspricht einer Zunahme des Aufwandes von 108% also einer satten Verdoppelung der Ausgaben. Dabei hat man uns doch gesagt, WOV sei erfolgreich, man habe privatisiert und nun müssten auch die Gemeinden sparen. Es ist doch offensichtlich, dass der Bürger hier betrogen wird. Der Kanton will schwache und nicht starke Gemeinden. Er will diese zentral steuern und die Gemeindeautonomie eindämmen. Noch nie in der Geschichte der Menschheit hat jedoch ein Zentralstaat besser und erst recht nicht billiger wirtschaften können. Korruption und Ineffizienz steigen mit der Grösse. Das gilt für Private (Konzerne) genau gleich wie für demokratische Rechtsstaaten. Ich bin überzeugt: Die Wut der Bürger wird grenzenlos sein, wenn sie dereinst feststellen, wie ihnen die Demokratie unter dem Deckmantel des Sparens weggenommen wurde. Alle werden wir schon bald merken, dass vom Ersparten nichts übrigbleibt. Das gesparte Geld wird so ring wieder abfließen, wie uns gesparte Zeit unentwegt entgleitet. Ausser dem durchgesetzten Demokratieabbau durch Fusionen wird also kaum mehr ein sichtbares Ergebnis vorliegen. Verteilt man die kantonalen Mehrausgaben von Fr. 1,3 Milliarden auf unsere 107 Gemeinden, dann könnte jede Gemeinde heute rund Fr. 12 Millionen mehr ausgeben als vor 12 Jahren. Wäre doch schön, oder liebe Damen und Herren Gemeinderäte? Warum wehren Sie sich nicht? Niemand müsste sparen, wenn die Richtigen sparen würden !!! Und vor allem: aus finanziellen Gründen fusionieren muss keine Gemeinde! Unsere Demokratie ist zu retten !!!

Ivo Muri, Unternehmer, Sursee